

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 127.

Gegebenen wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend  
Mittag zur Ausgabe. Bezugspreis je Monat 9.90 RM, frei  
im Post, einschließlich der Beilagen „Wien Garten“, „Die Frau und ihre Welt“  
und „Der bunte Alltag“, „Unterhaltungsblätter“. Durch die Postanstalten  
und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein  
Schadensfall geleistet.



Drahtanschrift: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig  
Ermäßigte Grundpreise nach Preisliste. Der Millimeterpreis für Anzeigen  
im Textil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämt-  
liche Anzeigen gelten die Bedingungen der ab 25. Nov. 1935 gültigen Kreis-  
liste Nr. 3. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags.

D. II 500

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptchristleiter und für den Anzeigenanteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 36

Donnerstag, den 19. Lenzing 1936

29. Jahrgang.

## Zuvericht in London

Entspannung durch die Teilnahme Deutschlands an den Ratsverhandlungen

Der Vertreter der deutschen Reichsregierung bei den  
Beratungen des Völkerbundsrates in London, Botschafter  
von Ribbentrop, ist auf dem Outweg in London eingetroffen  
und seiner Begleitung befinden sich Ministerialdirektor  
Dr. Dieckhoff, Botschafter Legationsrat Woermann, die  
Legationsrätin Wingen und Dr. Schmidt, Legationssekretär  
Dr. Kordt, der Adjutant des Botschafters, Thorner, und der  
Pressesekretär Dr. Böttiger.

Der Entschluß Deutschlands, an der Beratung des Völkerbundsrates teilzunehmen, hat in London entspannend gewirkt. Die deutsche Delegation findet in der Presse allgemein eine sehr günstige Beurteilung. Man weiß darauf, daß ihre Zusammenstellung erwartet lasse, daß die deutsche Regierung die Verhandlungen mit allem Ernst bearbeiten werde und sich für alle juristischen und völkerrechtlichen Erörterungen vorbereitet habe. In den Berichterstattungen kommt fast einheitlich zum Ausdruck, daß die Teilnahme der Einladung durch Deutschland eine neue epochale herbeiführt. „News Chronicle“ stellt dazu fest, daß Europa zwar noch sehr weit von dem Ziel einer allgemeinen Einigung entfernt sei, aber doch immerhin die Grundlagen dafür nunmehr gelegt seien. Die Delegation aller Länder dürfte und hingene nach Frieden und würde es nicht verleihen, wenn die jetzige Gelegenheit aus völkerrechtlichen oder anderen Gründen nicht voll ausgenutzt würde. „Daily Mail“ schreibt, Deutschlands Vertretung bestätige darin, daß es die deutsche Souveränität über ein eindeutig deutsches Gebiet wiederhergestellt habe. Aus diesem Grunde lasse keine angeblich strafbare Handlung die öffentliche Meinung Großbritanniens wie in den Dominions föhlbar tafft.

### Wahrendes Verständnis

Die Londoner Blätter messen der Erörterung der europäischen Lage durch den Außenpolitischen Ausschuß des Unterhauses große Bedeutung bei. Rund 200 Abgeordnete beprägen die Frage, welche Haltung Großbritannien einnehmen solle. Über den Verlauf der Sitzung berichtet „Daily Telegraph“, daß die Regierung aufgefordert worden sei, angeschlag der allgemeinen Volksstimming energisch die Befürchtung zu verfolgen. Außerdem solle Großbritannien keine weiteren militärischen Verpflichtungen in Europa annehmen.

Der „Daily Herald“ berichtet, daß sich die konservativen Abgeordneten mit überwiegender Mehrheit gegen die Übernahme neuer militärischer Verpflichtungen auf dem Kontinent ausgeprochen hätten. Abgeordnete seien die Mitglieder der Regierungspartei in ihrer Ansicht bestätigt worden, daß ein Bündnis mit Frankreich selbst in verfeindeter Form nicht in Frage komme.

Nach der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses, schreibt „News Chronicle“, sei es klar, daß eine große Mehrheit der Abgeordneten dafür eintrete, die Friedensvorschläge Hitlers gründlich zu erwägen.

Es macht sich ein wachsendes Gefühl in der Konservativen Partei und auf der Seite der Opposition bemerkbar, daß eine Verzögerung der Aussicht auf eine dauernde europäische Regelung bedauert würde, wenn man das deutsche Angebot ohne weiteres ablehne. Sir Austin Chamberlain der Mahnmaßnahmen gegen Deutschland gefordert habe, sei mit seiner Gruppe in der Minderheit geblieben. Ein Abgeordneter nach dem anderen habe den Standpunkt befolgt, daß England nichts tun dürfe, um die europäische Spannung zu verstärken. Es sei klar geworden, daß der Druck der öffentlichen Meinung in der Richtung eines Entgegenkommens gegenüber Hitler auf der Grundlage der Gleichberechtigung des Parlaments in einem kritischen Staatsbeinflusst habe.

### Englands Kompromißvorschlag

Nächst dem deutschen Entschluß wird von der Presse als das bedeutendste Ereignis der letzten Tage ein englischer Kompromißvorschlag an die Locarnomächte angesehen, der unter anderem die Errichtung einer ständigen entmilitarisierten Zone von 30 Meilen auf beiden Seiten der französischen und deutschen Grenze vorstellt sowie eine Reihe von Verpflichtungen für beide Teile – Deutschland und Frankreich – und eine Nachprüfung des Sowjetpazifzes. Ferner soll der Völkerbund zu weiteren Beschlüssen angeregt werden.

### Französische Verjährung

Die französische Presse zeigt weiterhin eine nervöse Haltung. So schreibt das „Echo de Paris“: „Die französischen Minister beteiligen sich an einer Diskussion, die zu keinem Ergebnis führen kann und die wahrhaftig gegen die Würde Frankreichs verläuft.“ Im „Populaire“ heißt es: „Eine ganze Anzahl der Vorschläge Franklands mißfällt uns; sie sind teilweise falsch interpretiert worden, aber gerade auf diese Weise wird ein Volk getäuscht und kann von einem Tag zum anderen ein grausames Erwachen erleben. Es wird zur Beute der Kriegspolitik werden. Sie keine anderen

Folgen hat als den Selbstmord Frankreichs und ganz Europas.“ „Le Journal“ schreibt: „Einmal mehr: England will die Rolle des Befrieders und Schiedsrichters zwischen Deutschland und Frankreich spielen und verlangt von Frankreich selbst bei den Erörterungen von Einzelheiten eine direkte Aussprache mit Deutschland.“ Der offiziöse „Petit Parisien“ sagt: „Frankreich mußte erneut eine Lunge gegen die geradezu lächerlichen Ideen der Vertreter Dänemarks, Chiles, Argentiniens, Polens und selbst des australischen Präsidenten brechen, der eine höchst überflüssige Höflichkeit gegenüber dem verlorenen Sohn an den Tag legte.“

„Die Welt wird über unsere Friedensvorschläge mit dem Führer verhandeln müssen. Der Führer kann aber nur verhandeln, wenn er das deutsche Volk hinter sich stellt. Die Welt muß wissen: Wenn der Führer spricht, dann spricht aus seinem Munde das ganze deutsche Volk.“ Dr. Goebbels am 17. 3. 36.

Einige Artikel in französischen Zeitungen stehen allerdings in wohltuendem Gegensatz zu der starren Haltung, die sonst überall in der Pariser Presse ihren Niederschlag findet. So bringt die „Republique“ einen Aufsatz des Senators Caillaux, der nach einer Verurteilung des Versailler Vertrages für einen Wiederaufbau Europas eintritt. Es sei allerdings ungünstig, daß Deutschland seine Unterchrist verleugne“, aber man müsse doch zugeben, daß es der schlimmste Fehler wäre, die Vorschläge des Führers einfach zurückzuweisen oder mit verleidender Langsamkeit zu prüfen. Im „Ami du Peuple“ tritt der Abgeordnete Taittinger zur Zeit fast täglich für Verhandlungen zwischen einem sicherheitsbewußten Frankreich und Deutschland ein. Die Mehrheit der Franzosen sei weniger für das Verfahren empfänglich als für den Frieden schlechthin.

### Die zweite Phase beginnt

Die Entkündigung einer deutschen Abordnung nach London wird in der gesamten italienischen Presse in größter Aufmachung gemeldet, ohne daß man jedoch irgend etwas über den Eindruck des deutschen Entschlusses in England und Italien sagt. Die Pariser Berichterstatter der „Stampa“ und des „Popolo di Roma“ schreiben: Die deutsche Zustimmung an den Londoner Verhandlungen teilnehmen zu wollen, werde in Paris als eine neue Er schwernis empfunden, die die Lage für Frankreich noch verschärft.

Die „Gazeta del Popolo“ schreibt: Die erste Phase des Rheinlandabdrags sei beendet. Der Londoner Korrespondent des Blattes stellt fest: Fast alle Kreise, mit Ausnahme der Franzosen, hätten die deutsche Entscheidung freundlich aufgenommen. Jetzt beginne die zweite Phase, die nicht so unmittelbaren Gefahren unterliege wie die erste, aber doch verschärft sei und gewiß länger dauern werde.

### Sitzung des Völkerbundsrates

Der Völkerbundrat trat am Mittwoch um 16 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um die Aussprache über den französisch-belgischen Entschließungsantrag zum Locarno-Vertrag fortzuführen. Als erster sprach Außenminister Eden.

Der Rat hatte zuvor in nichtöffentlicher Sitzung davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Abordnung erst von Donnerstag an an den Arbeiten teilnehmen könne.

Außerdem wurde beschlossen, eine Sitzung des Dreizehner-Ausschusses, das heißt des Völkerbundsrates ohne Italien, zur Prüfung der italienischen und abessinischen Antwort auf den den Monats ergangenen Friedensappell am Donnerstagnachmittag abzuhalten.

### Außenminister Eden

führte in seiner Rede in der öffentlichen Sitzung folgendes aus: Der Rat wurde aufgefordert, seine Pflicht nach Artikel 4 Absatz 2 des Locarnovertrages zu erfüllen, nämlich sich davon zu überzeugen, ob ein Bruch des Artikels 43 des Versailler Vertrages begangen ist oder begangen wird. Der Fall ist uns durch die Vertreter Frankreichs und Belgiens in Reden unterbreitet worden, die auf die Mitglieder des Rates diesen Eindruck gemacht haben. Ich habe bereits vor dem Rat erklärt, daß nach Auffassung der britischen Regierung ein offenkundiger und unbestreitbarer Bruch der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone begangen worden ist. Es war daher das Recht des Rates, zu dem gleichen Schluß zu gelangen und diese Feststellung den Unterzeichnern des Locarnovertrages zu unterbreiten.

Nach Auffassung meiner Regierung ist dies jedoch bei weitem nicht die einzige Aufgabe, die der Rat vorliegenden Fall zu erfüllen hat. Unsere Pflicht ist es, nicht nur zu erklären, daß ein Bruch begangen worden ist, wir müssen uns stets unter letztes Ziel und unsere höchste Verantwort-

nahme vor Augen halten, die darin besteht, den Frieden zu bewahren und ein gutes Einverständnis unter den Völkern Europas auf einer festen und dauernden Grundlage aufzubauen.

Man muß beachten, daß der Bruch des Locarno-Vertrages, so klar er auch ist, nicht eine unmittelbare Bedrohung mit Feindseligkeiten in sich trägt. Es ist Zeit vorhanden, um mit Klugheit wie auch mit Entschlossenheit die Lage zu prüfen. So ernst auch die Lage ist, ist sie doch von der Gelegenheit begleitet, einen dauerhaften Frieden zu schaffen, und dieses Ziel muß ein wichtiger Gesichtspunkt für die Schritte selbst sein, die zur Erreichung des Ziels unternommen werden.

Danach macht Eden die wichtige Feststellung, daß der Bruch des Vertrages durch Deutschland keine Aktion gewertet sei, die sofortige Anwendung der im Locarno-Vertrag vorgegebenen Maßnahmen notwendig mache.

Der italienische Botschafter in London, Grandi, gab hierauf eine Erklärung ab, in der er von dem Ernst der Lage sprach. Italien sei sich seiner Verantwortlichkeit auf Grund des Locarno-Vertrages voll bewußt und bleibe seinen Verpflichtungen treu. Selbstverständlich könnten jedoch diejenigen Staaten, die in Genf im Zusammenhang mit dem italienisch-abessinischen Streitfall Maßnahmen getroffen hätten, deren Ungerechtigkeit das ganze italienische Volk tiefe Empfindung, nicht erwarten, daß Italien Maßnahmen anwende, die mit seiner gegenwärtigen Lage unvereinbar seien. Es müsse verbütel werden, daß aus der gegenwärtigen Krise Europa noch gespalten und geschwächt, als es schon sei, hervorgehe. Man müsse alle Ursachen in Betracht ziehen, die zu der gegenwärtigen Lage geführt hatten.

Dazu gehörte zweifellos die Schwächung der politischen Grundlagen des Locarno-Vertrages infolge der Genfer Verträge und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem italienisch-abessinischen Streitfall. In den letzten Monaten sei der europäische Friede von den Wechselfällen eines Kolonialstreites abhängig gemacht worden, den man in seinen angemessenen Grenzen hätte halten können und müssen. Die Erfahrung der letzten Monate werde hoffentlich zumindest zu der Erkenntnis führen, daß in Europa ein einheitliches Friedens-, Zusammenarbeits- und Vertrauens-  
produkt beitrete.

### Paris gegen beiderseitige Entmilitarisierung

Die französische Abordnung hatte sich vor dem Zusammentreffen der Locarno-Mächte mit dem englischen Vorschlag, die Schaffung einer beiderseitigen neutralen Zone anregt, befaßt. Wie aus französischen Kreisen verlautet, wird der Vorschlag als völlig unannehmbar betrachtet.

Anschließend sprach der polnische Außenminister Beck, der hervorhob, daß die deutsch-polnischen Beziehungen von gegenseitiger Achtung durchdrungen seien. Die Worte, die der deutsche Reichskanzler in letzter Zeit in seinen Reden Polen gewidmet habe, bewiesen den Willen der Reichsregierung, die Verpflichtungen, die sie gegenüber Polen übernommen habe, aufrechtzuhalten und machten deutlich, in welchem Geiste das Reich sie anwenden wolle.

Die Vertreter Spaniens und Argentiniens sprachen sich gegen eine „einseitige Aufhebung“ vertraglicher Verpflichtungen aus. Der dänische Außenminister Munck sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zwischen den unmittelbar beteiligten Staaten einen Schritt zur Weiterverjährung bildeten. Der rumänische Außenminister Tătărușescu erklärte: Die Staaten der kleinen Entente seien nicht gegen die Erörterung der deutschen Vorschläge. Diese müsse aber zu gegebener Zeit stattfinden, d. h. nachdem die von Frankreich und Belgien aufgeworfene Vorfrage gezeigt sei. Als letzter Redner sprach der portugiesische Außenminister Vasconcellos, der es dem Rat anheimstellt, die notwendigen Wege zur Sicherung des europäischen Friedens auf festler Grundlage zu finden.

Hierauf wurde die Fortsetzung der Aussprache auf Donnerstagvormittag 10 Uhr vertagt. Es fiel auf, daß der Vertreter von Cuadros an der heutigen Sitzung nicht teilgenommen hat. Wie man hört, ist seine Abwesenheit darauf zurückzuführen, daß seine Regierung nicht gegen Deutschland sprechen und stimmen will.

### Sowjetpakt in Kraft

Amtliche Verkündung in Frankreich.

Paris, 19. März.

Im französischen Amtsblatt erschien das Gesetz über die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandspakts vom 2. Mai 1935. Damit hat dieser Vertrag für Frankreich Gesetzeskraft erlangt.

Das Dekret hat folgenden Wortlaut: „Der Präsident der Republik ist ermächtigt, die in Paris zwischen Sowjetrussland und Frankreich am 2. Mai 1935 unterzeichneten Verträge und das angefügte Protokoll zu ratifizieren und, wenn nötig, zur Durchführung bringen zu lassen.“

In der gleichen Ausgabe des Amtsblattes ist auch das Gesetz über die Erhöhung der Militärdienstzeit infolge der rekrutierarmen Jahre veröffentlicht worden. Dieses Gesetz war praktisch bereits durch Dekret in Kraft getreten.



Spangenberg, den 19. Februar 1936.

**Großkundgebung in Spangenberg.** Am Freitag abend wird als Auftakt zum Wahlkampf eine große Wahlversammlung im Gasthof "Schükenhaus" abgehalten. Wie glauden annehmen zu dürfen, daß die Wohlversammlung geben wird, wie Spangenberg noch nie erlebt hat. Sind wie doch noch alle erfüllt von dem großen Gefühl des 7. März und von dem Gedanken, unterem Führer und Reichskanzler eine Macht zu geben wie sie noch kein Staatsmann besessen hat. Jeder muß wissen, was seine Stimme für eine Bedeutung hat. Gilt es doch, der Welt klar zu machen, daß nicht eine Partei steht, sondern das ganze Volk in vollem Vertrauen seinem Führer folgt. Als Referent wurde Reichsredner Dr. Bechler verpflichtet. Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder Stimmberechtigte diese Versammlung besucht, um sich noch einmal anzuhören zu lassen, wogegen er am 29. März seine Stimme gibt.

**Neine Konfirmationen am 29. März.** Das Landesfürschenamt der Evangelischen Landeskirche für Kurhessen-Waldeck hat angeordnet, daß mit Rücksicht darauf, daß Familienväter und -mütter durch die Reichstagswahl am 29. März wisch in besonderem Maße in Anspruch genommen werden, die für den 29. März angefochtene Konfirmation auf einen anderen Sonntag verlegt werden. In Spangenberg findet deshalb die Konfirmation am Sonntag, den 5. April (Palmarum) statt.

Da die Gauleitung und vor allem der Gauleiter und Staatstal. Dr. Heinrich während der Wahlpropaganda außerordentlich stark in Anpruch genommen ist, werden die Parteiv- und Volksgenossen gebeten, den gesamten Spritzenkunde und alle Brüder bis nach der Wahl aufzuhören, da alle anderen Arbeiten jetzt zurückzufallen müssen.

**2. Verbilligte Urlaubsfahrt in das Sauerland.** Vom 18.-20. Mai führt die NS.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" eine Urlaubsfahrt nach dem Sauerland durch. Zu den Reisezielen, die von Jahr zu Jahr mehr erweitert werden, zählt auch das Sauerland; eine eigenartig reizvolle Landschaft in Südwestfalen. Überwältigend sind die Rundblicke, die sich von den verschiedenen höheren Bergen dem Auge des Wanderers bieten. Die einsamen Täler und unendlich großen Wälder bergen einen faszinierend gepflegten reichen Wildbestand. Finnentroy, Altenhorn, Döpe und andere Orte des südlichen Sauerlands sollen unsere Urlauber aufnehmen. Die Fahrt einsch. Bahnhof, Unterkunft und Verpflegung kostet nur 15,40 RM. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß diese Fahrt gerade den minderbelehrten Volksgenossen zugänglich soll, die auch Anteil haben sollen an der herrlichen Einrichtung des NS.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude". Anmeldungen sind schnellstens bei den benannten Stellen abzugeben. Meldefrist ist der 30. März, doch in anzunehmen, daß die Fahrt schon vorher ausverkauft sein wird.

**NSKK-Männer und deutsche Kraftfahrer im Bau Kursachsen.** Mit sofortiger Wirkung hat jeder Kraftwagenführer im NSKK die von der Motorbrigade Kursachsen herausgegebenen Wahlparolen sichtbar an seinem Fahrzeug angebringen. Sämtliche deutschen Kraftfahrer, wenn sie auch nicht dem NSKK angehören, fordere ich ebenfalls auf, sich aktiv in den Dienst der Wahl zu stellen und die bei den Dienststellen des NSKK ausliegenden Wahlparolen abzuholen und sichtbar an ihren Kraftfahrzeugen anzubringen. Jeder deutsche Kraftfahrer stellt sich mit seinem Fahrzeug und seiner ganzen Person in den Dienst der Wahl und hilft so mit an dem großen Friedenswerk des Führers.

## Allerlei Neuigkeiten

**Großfeuer im Hamburger Freihafen.** In einem großen Juvelager der Firma Weber, Smith & Hoare auf der Spreehafeninsel im Hamburger Freihafenbereich entstand abends wahrscheinlich infolge Selbstentzündung von Säcken ein Brand. Der 175x80 Meter große Lagerhafen stand bald in hellen Flammen. Die Feuerwehr, die mit sieben Jägern zur Brandstelle gekommen war, gab aus 21 Jahren Wasser. Die Löscharbeiten gestalteten sich in dem völlig verqualmten Schuppen außerordentlich schwierig. Nach etwa 1½ Stunden hatte die Feuerwehr die Gefahr beseitigt. Die Löscharbeiten, zu denen auch der Technische Hilfsdienst herangezogen worden war, nahmen noch mehrere Stunden in Anspruch.

21 Grad Kälte in den schlesischen Bergen. Nachdem es vorher in den schlesischen Bergen zum Teil stärker geschneit hatte, kam es in der Nacht zum Mittwoch zu Aufheiterung und stärkerem Temperaturrückgang. Während das Hochland bis 5 Grad Kälte stand, wurden wie der Reichs-

wetterdienst Westau meint, im Westen bis zu 10 Grad Kälte gemessen. Großherzog im Berggebirge hatte am Mittwochmorgen noch 17 Grad Kälte. Leider der Schneedecke wurden sogar 21½ Grad Kälte festgestellt. An den alten Höhen Bergen in Höhenlagen über 900 Meter wurde die Schneedecke auf einen Meter Höhe an. Bei Aufschlüssen sind die Sportverhältnisse für St. und Adel sehr gut.

**Grippeepidemie.** Helsingfors wird von einer plötzlich austretenden schweren Grippeepidemie heimgesucht. Man kann ohne Übertriebung behaupten, daß rund die Hälfte der Bevölkerung tritt in Bett liegt. Die meisten Schulen haben geschlossen, die Krankenhäuser sind überfüllt und können keine neuen Patienten mehr aufnehmen. Man plant, das weibliche Schiffsorps, die sogenannten "Lotten", für die Krankenpflege einzusetzen. Das Geschäftsstehen ist durch die Epidemie stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauten haben deindiz jeden zweiten Schalter aus Wangen an Arbeitssträßen schleichen müssen. Die Straßenbahn muß ohne Abhänger verkehren, da mehrere hundert Schaffner erkrankt sind. Glücklicherweise sind die meisten Grippefälle leichter Natur.

## 30-Stundenjahr des „L3 129“

Friedrichshafen, 19. März. „L3 129“ landete am Mittwoch um 16.07 Uhr. Das Luftschiff hatte seit seinem Aufstieg nach einer vorgefeierten Zwischenlandung über Friedrichshafen und dem Bodensee getestet, wobei die Sunpentanlage und andere technische Einrichtungen geprüft wurden. Die Fahrt, die 30 Stunden dauerte, war von bestem Wetter begünstigt. Deshalb waren zur Landung zahlreiche Zuschauer von nah und fern herbeigeeilt. Kurz vor 18 Uhr traten die Hafemannschaften an ihre Plätze. Bald erreichte das überbeladenen Schiff und setzte sich langsam hinab. Um 16.07 Uhr war das Luftschiff in den sicheren Händen der Hafemannschaften.

## Dreilächer Mord

Bromberg, 19. März. Im Dorf Bliesea im Kreis Brandenburg überstiegen Banditen das Gehöft des Landwirts Rudolf Dömann. Sie ermordeten den Besitzer, seine Ehefrau und eine Magd. Um die Spuren ihres Verbrechens zu verwischen, zündeten sie das Gehöft an.

## Ein zwingendes Gebot

Wahlauskunft der Reichswirtschaftskammer.

Der Führer und Reichskanzler hat das deutsche Volk für den 29. März zur Wahl aufgerufen. Es gilt, an diesem Tage erneut vor aller Welt feierlich zu beweisen, daß hinter einer kraftvollen Führung ein einiges deutsches Volk steht.

Nur eine Nation der Ehre, der Freiheit und Gleichberechtigung kann die Grundlagen für eine friedliche Arbeit und für ein kulturelles, soziales und wirtschaftliches Wohlergehen des Volkes schaffen. Deutschlands Wirtschaft hat in den drei Jahren nationalsozialistischer Aufbauarbeit einen Aufschwung ohnegleichen erlebt. Der Kampf des Führers und seiner Regierung kann allein auch für Deutschlands Wirtschaft die Voraussetzung für ihre weitere Entwicklung geben. Nur eine Wirtschaft in einem starken, den Frieden der Völker auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten erstellenden Staat kann sich im eigenen Lande zum Segen des ganzen Volkes entfalten und im friedlichen Weltbewerb der Völker auf dem Weltmarkt seinen wertvollen und notwendigen Anteil zur Befriedung und Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt beitragen.

Es ist daher nicht nur eine selbstverständliche Dankspflicht für die Aufbauarbeit der Vergangenheit, sondern zugleich ein zwingendes Gebot für die Zukunft, daß Deutschlands gewerbliche Wirtschaft sich am 29. März geschlossen zum Führer und zu seiner Regierung bekennt.

In diesem Sinne rufe ich die Betriebsführer der gewerblichen Wirtschaft auf, am Tage der Reichstagswahl als wahre Führer der Betriebe an der Spitze ihrer Gesellschaftsmitglieder Mann für Mann ihre Pflicht für Deutschlands Ehre und Freiheit, für den Frieden und für Deutschlands soziales, wirtschaftliches und kulturelles Wohlergehen zu tun.

gez.: Erwin Hecker, Leiter der Reichswirtschaftskammer.

## Kleiner Weltspiegel

Die polnische Presse widmet dem Generalinspekteur der polnischen Armee, General Andżo Smigaj, ähnlich seines Namens, sehr herzliche Glückwunschkartikeln, in denen er als der vom Marschall bestimmte Nachfolger in der Führung der Arme gefeiert wird, der das Erbe Piłsudskis in Treue wahre.

Der französische Kammerpräsident Bouisson mußte während einer Sitzung der französischen Kammer wegen plötzlichen Unwohlseins den Vorstoss an einen der stellvertretenden Vorsitzenden abgeben. Kammerpräsident Bouisson leidet an heftigen Menschenkrämpfen. Ihm ist bis auf weiteres völlige Ruhe verordnet.

Das englische Unterhaus nahm nach einer langen Aussprache die Voranschläge des Luftfahrtministeriums an. Ein Gegenantrag der Opposition wurde mit 170 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Nach Befehlserlass aus Damaskus betreibt die Nationallisten die Gründung einer syrischen Nationalarmee, zu der sich bereits 10 000 Mann gemeldet haben. Die Freiwilligen verpflichten sich, den Besitz des nationalen Blocks zu gehorchen.

Die deutsche Regierung hat die neue, von Oberst Franco gebildete Regierung Paraguays anerkannt. Gleichzeitig erfolgte die Anerkennung durch die übrigen Mächte.

Der polnische Sejm hat den Gesetzentwurf, der die sogenannten Schächungen in Polen untersagt, an den Ausschluß zurückverweisen, da die Regierung einen Kompromißantrag eingebracht hat, wonach das Verbot zwar grundsätzlich für ganz Polen aufrechterhalten bleibt, während jedoch für den Bedarf der Juden, Mohammedaner und Karaiten (einer urchristlichen Sekte) gewisse Ausnahmen zugelassen werden.

## Schwarzes Brett der Partei.

Zu der am Freitag, den 20. v. Mz., abends 8 Uhr im "Schükenhaus" stattfindenden

## öffentlichen Groß-Kundgebung

ist es Pflicht aller Parteigenossen, aller NS.-Gliederungen mit ihren wahlberechtigten Angehörigen, zu erscheinen.

Der Ortsgruppenleiter.

## Das Wahrzeichen der Alva

ist der ägyptische Bogenschütze - charakteristisches Merkmal jeder Packung und Bürge für die hohe Qualität der ALVA - Mischung, deren Aroma durch 33er Mazedonien - Tabake noch veredelt wurde.



# Nur einer schafft's: Der Führer halte ihm die Freue!

Die Verständigung mit Polen ist ein Beweis dafür, daß es Adolf Hitler und seiner Regierung Ernst ist mit einer auf weite Sicht betrieblichen Verbindung der Völker und einer Überbrückung der Grenzen, die Europa nade an den Rand des Zusammenbruchs getrieben haben.  
Goebbels Juni 1934.

## Reichsbahn als Wirtschaftsfaktor

Von Generaldirektor Dr. Ing. Dörpmüller.

Das Reichsbahn des hundertjährigen Bestehens, das die Deutsche Reichsbahn mit allen deutschen Eisenbahnen im vorigen Jahr feierlich begehen konnte, hat das gewaltige Unternehmen der Deutschen Reichsbahn in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gestellt. Der Führer hat die Reichsbahn damals als erster ganz großes sozialistisches Unternehmen bezeichnet, das mit einer echten Gemeinschaftsleistung aller ihm Dienenden der Träger des gewaltigen deutschen Gesamtverkehrs sei und als Wirtschaftsfaktor ersten Ranges auch in Zukunft vor Schaden bewahrt werden müsse. Mit ihrem ausgeweiteten Anlagekapital von fast 27 Milliarden RM, einem Streckennetz von mehr als 54 000 km, einem Personalaufwand von zuletzt rund 665 000 Bediensteten im Fahrservice und einem Jahreshausbau von über 34 Milliarden RM auf der Einnahme- und Ausgabeseite ist die Deutsche Reichsbahn in der Tat der bei weitem größte Wirtschaftsbetrieb in Deutschland, mit dem sich kein anderes Unternehmen auch nur annähern kann. Allein die Zahl von 665 000 Arbeitern der Stütz und Faust, die im unmittelbaren Dienst der Reichsbahn stehen, bedeutet im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung im Deutschen Reich, daß ungefähr jeder 100. Deutsche ein aktiv tätiger Eisenbahner ist. Rechnet man dazu noch die Angehörigen dieser Bediensteten sowie die im Aufstand lebenden Beamten und früheren Arbeiter gleichfalls mit ihren Angehörigen, so kommt man auf mindestens 3½ Millionen Volksgenossen, die von der Reichsbahn erhalte werden; da das rund 5 v. h. unserer Volksgesamtheit sind, ist also etwa jeder 20. Deutsche in seinem Lebensunterhalt mehr oder weniger von der Reichsbahn abhängig. Dem entsprechen dann auch die gewaltigen Aufwendungen, die die Reichsbahn alljährlich für Gehalts- und Lohnzahlen, für Ruhegelder, Wohnungsbezüge und dergleichen zu machen hat. Rund 2 Milliarden RM im Jahre für die Versorgung des aktiven Personals, dazu etwa 440 Millionen RM für Ruhegelder und hinterbliebenenbezüge, zusammen also rund 2,4 Milliarden RM jährlich oder 200 Millionen RM in jedem Monat an baren Auszahlungen, die über die Verbraucher an die deutsche Wirtschaft fließen. — das sind gewiß ansehnliche Summen, die die Bedeutung der Reichsbahn als Wirtschaftsfaktor erheben.

Über damit nicht genug. Welleitige Nebengewerbe des Eisenbahnverkehrs (Speditions- und Paketgewerbe, Bahnhofswirtschaften, Reisebüros usw.) werden von der Reichsbahn befriedigt, und zahlreiche Lieferindustrien sind für den manigfachen Bedarf des Eisenbahnen, der bei der technischen Struktur des Eisenbahnverkehrs nahezu alle Warengruppungen in fast sämtlichen Zweigen der deutschen Wirtschaft erfaßt. Die Reichsbahn erscheint hier als Auftraggeber großer Stil. Sie lebt auf diesen Wegen läufig weit über 1 Milliarde RM. in reinen Aufträgen um.

On den drei Jahren 1933 bis 1935 hat die Reichsbahn in steigendem Maße, zu dem sie dank der allgemeinen und eigenen Aufwärtsentwicklung infolgedeckt wurde, bei spielsweise allein für Bauausführungen annähernd 1 Milliarde RM. ausgegeben. Bei den Lieferungsaufräumen nehmen die Erzeugnisse der Walzwerke, Gießereien und Maschinenindustrie die erste Stelle ein; die Aufwendungen hierfür befinden sich in den drei Jahren sogar auf mehr als 1100 Millionen RM. In der Gründungszeit folgen die Ausgaben für Kohle und Kohle mit rund 640 Millionen RM. für Baustoffe mit rund 200 Millionen RM. für Erzeugnisse der elektrotechnischen und chemischen Industrie mit gleichfalls rund 200 Millionen RM. und für den Bezug von Wasser, Gas, Elektrizität und Wärme aus fremden Werken mit rund 180 Millionen RM. Zahlenmäßig nicht mehr so hoch, wirtschaftlich jedoch immer noch sehr bedeutend, sind die Aufwendungen für Erzeugnisse der Papierindustrie mit rund 47 Millionen RM. für Textilien mit rund 35 Millionen RM. und für sonstige Warengruppen mit rund 18 Millionen RM. Einschließlich der Löhne für ihr eigenen Bauunterhaltungen und Werkhälterarbeiter (rund 900 Millionen RM.) hat die Deutsche Reichsbahn in den Dreijahreszeitraum von 1933 bis 1935 ungefähr 4,4 Milliarden RM. in Arbeit und Lieferungsaufräumen umgelebt, durchschnittlich in jedem Jahre des nationalsozialistischen Aufbaus also 1,5 Milliarden RM. Allein in Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk konnten damit ungefähr 700 000 Arbeitskräfte in Arbeit und Brot gehalten werden. Wenn man dem gegenüberstellt, daß diese Aufträge für die Wirtschaft in den Kreisjahren 1931/32 auf ungefähr 1 Milliarde RM. zusammengekrampt waren, so wird aus diesem Vergleich der große Aufstieg sichtbar, der sich im Dritten Reich für die Reichsbahn und die für sie arbeitenden Industrie- und Gewerbebezirke vollzogen hat.

Aus diesen Zahlen ergibt sich zugleich der wesentliche Anteil, der der Reichsbahn an den großen Erfolgen des Kampfes der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit zuerkannt werden muß. Zwei große zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramme zu 336 Millionen RM. (1933) und zu 731 Millionen RM. (1933/34) zeigen hier den sozialistischen Dienst, den die Reichsbahn mit ihren Zukunftsaufträgen der deutschen Wirtschaft erneut hat. Bedeutende Neubauten (z. B. Berliner Nord-Süd-Bahn, Rügendorf und Elektrifizierung weiterer Strecken) und viele technische Neuerungen

(Motorisierung), die auf diese Weise in großem Umfang und beschleunigtem Zeitmaß durchgeführt werden konnten, sind für die Zukunftshoffnungen der Bevölkerung, die hier gestellt wurde.

Die aus dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung der Reichsbahn erhöhte Betriebs- und Verkehrsleistungen infolgedeckt ergab sich in größerer Bedarf an Arbeitsplätzen, der in Verbindung mit den Aufgaben aus den Kreisjahrhundertsprogrammen zu einer Vermehrung des eigenen Personalaufwands der Reichsbahn um annähernd 100 000 Köpfe seit dem Umbruch führte. Da mit den aufstrebenden Reichsbahnaufräumen bedachten Gewerbe- und Industriezweigen der allgemeinen Wirtschaft wird nach den Ausschreibungen mit einer Mehrbeschäftigung von etwa 300 000 Volksgenossen gerechnet werden können. Die Reichsbahn hat also den Arbeitsmarkt um rund 400 000 Arbeitsplätze verstärkt.

Selbstverständlich ist sich die Reichsbahn ihrer Verantwortung, die sie fast ihrer Bedeutung als Wirtschaftsunterstützung vor dem ganzen deutschen Volke trägt, jederzeit bewusst und sie weßt auch die Aufgaben, die ihr daraus erneut in ihrer Tätigkeit einzufüllen. Stetige Sorge für die eigene Gefolgschaft und Sicherung des Arbeitsplatzes, möglichst viele Volksgenossen durch Gewährung ausreichender und tunlichst gleichmäßiger Beschäftigung in den einschlägigen Wirtschaftszweigen sind daher die Leitideale für ihre Maßnahmen auf diesen Gebieten. Möglicherweise in enger, verständnisvoller Zusammenarbeit mit der Reichsregierung und der deutschen Wirtschaft auch in Zukunft gelingen, eine befriedigende Lösung in allen diesen Fragen zu finden, — zum Gedanken der Reichsbahn, zum Wohle des deutschen Volkes und zum Segen des Vaterlandes!

## In einer Front

Im liberalistischen System mußten der Schutz der heimischen Landwirtschaft und die Förderung der Ausfuhrindustrie unverwindliche Gegenseite sein. Denn in der liberalistischen freien Marktwirtschaft war ein Schutz der Landwirtschaft nur über den Zoll zu erreichen. Jeder Zoll auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aber bedeutete praktisch eine Erhöhung für den Absatz von Handelsverträgen zugunsten der Ausfuhrindustrie. Das nationalsozialistische System der inneren Marktförderung auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft hat mit einem Schlag die dem Großteil beobachtete. Die innere Marktförderung gestaltet sich Deutschland heutzutage, diejenigen Mengen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die nicht im Inlande erzeugt werden, ohne Gefahr für den Außenmarkt aus dem Auslande heranzunehmen. Damit der Zoll seine ehemalige Rolle ausgespielt. Die deutsche Landwirtschaft ist sogar heutzutage dank der nationalsozialistischen Marktförderung der beste Schriftsteller für unsere Ausfuhrindustrie geworden, eine Tatsache, die in einer Reihe von Handelsabkommen klar erwiesen worden ist.

## Freitag abend 8 Uhr spricht im „Schützenhaus“ Reichsredner Dr. Behlen

(letzter Landtagspräsident von Oldenburg) zur bevorstehenden Wahl

Volksgenossen zeigt, daß wir in alter Treue hinter dem Führer stehen. Erscheint in Massen zur gewaltigsten Kundgebung, die Spangenberg je gesehen.

Saalöffnung 7 Uhr

Konzert der Forstschulkapelle

Zur Deckung der Kosten 10 Pf. Eintritt

NSDAP.

Ortsgr. Spangenberg, Propagandaleitung

Bum 1. April jüngeres, kräftiges  
Halbtagsmädchen  
gesucht.  
Koermann, Forstassessor, Forstschule

**STEMPEL**

liefert billig und schnell

Buchdruckerei

**HUGO MUNZER**

Offenlegung der Stimmkartei für die Volksabstimmung am 29. März 1936.

Die Stimmkartei für die Volksabstimmung am Sonntag, den 29. März 1936 liegt am Sonnabend, den 21. März 1936 während der Dienststunden und am Sonntag, den 22. März 1936 von 11—13 Uhr im Rathaus zu jeder Manns Einsicht aus.

Wer die Stimmkartei für unrichtig oder unvollständig hält, kann spätestens bis zum 22. März 1936 bei dem Unterzeichneten schriftlich oder per Protokoll Einspruch erheben. Wird der Einspruch für unbegründet erachtet, so entscheidet darüber der Landrat.

Alle Personen, die in die Stimmkartei eingetragen sind, erhalten bis zum Freitag, den 20. ds. Mts. einen Wahlausweis. Wer einen solchen Ausweis nicht erhält, ist nicht eingetragen und muß die Eintragung während der Offenlegung der Kartei beantragen.

Der Wahlausweis ist aufzubewahren und bei der Abstimmung unangefochten dem Wahlvorstand vorzuzeigen.  
Spangenberg, den 18. März 1936.

Der Bürgermeister:  
Jenner.

Deffentliche Mahnung.

Die bis einschließlich März 1936 fällig gewesenen Steuern und zwar:

Hauszinssteuer

Staats- Grundvermögenssteuer einschl. Zuschlag

Gemeindezuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer

Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital

Wachgelder für 1935

Obstgelder 1935

Holzgeld aus Holzverkäufen

Hundesteuer

Bürgersteuer

werden hiermit öffentlich angemahnt und sind bis zum 31. ds. Mts. die Stadtasse zu entrichten. Eine Verstellung von Mahnzetteln erfolgt nicht.

Verträge, die am 1. 4. 36 noch rückständig sind, werden im Verwaltungswangerverfahren beigetrieben (ausgenommen des 2%igen gesetzlich vorgeschriebenen Säumniszuschlags).

Spangenberg, den 19. 3. 1936.

Stadtasse Spangenberg.